



Wandern in den Bergen: Das war der Anfang der Naturfreunde-Idee. (Bild key)

Natur geniessen, hegen und pflegen Naturfreunde Schweiz sind heuer 100 Jahre alt

Gegründet wurde der Verein vor 100 Jahren mit dem Ziel, auch weniger bemittelten Schichten Entspannung und Erholung in der Natur zu ermöglichen. Heute bieten die Naturfreunde Schweiz Freizeit- und Sportmöglichkeiten für jedermann und profilieren sich als Vertreter eines sanften und kostengünstigen Tourismus.

Über 200 Delegierte aus der ganzen Schweiz kommen am Samstag an der 100. Delegiertenversammlung der Naturfreunde Schweiz (NFS) im Hotel National, einer früheren Stammbeiz der Berner Sektion, zusammen. Dem Auftakt zum Jubiläum folgt Anfang September die offizielle Jubiläumsfeier, an der Gäste und Freunde aus ganz Europa, Vertreter der Politik, von befreundeten Verbänden und Sponsoren mit Grussbotschaften und Ansprachen erwartet werden – Zeichen dafür, wie breit die Naturfreunde heute verankert und verflochten sind.

Hüttenbau durch Freiwillige

Die Anfänge reichen zurück ins Jahr 1905, als die Naturfreunde-Idee von Wien her in die Schweiz gelangte: Ziel der Initianten war es, auch den weniger bemittelten Bevölkerungsschichten in der damals karg bemessenen Freizeit Erholung in der Natur zu ermöglichen und die Kameradschaft zu pflegen. Insofern hatte die Bewegung durchaus auch einen politischen Hintergrund. Wer Mitglied werden wollte, musste den Sozialisten zumindest «nahe stehen». Freiwillige errichteten damals in Fronarbeit Hütten und Häuser, in denen billig übernachtet werden konnte – 1931 waren es landesweit bereits deren 58 – , und gemeinsam wurden Wanderungen und Touren unternommen. Im Jahr 1941 beispielsweise reisten 460 Naturfreunde mit Extrazügen – damals eine kleine Sensation – für eine gemeinsame Skiwoche nach Zermatt, wo sie im «Zermatterhof» im Massenzug untergebracht waren.

In den 1960er und 1970er Jahren stiegen die Mitgliederzahlen rasant an und erreichten mit 32 000 einen Höhepunkt. Der Verband bot in dieser Zeit ein ausgesprochen breites Spektrum von Sport- und Freizeitaktivitäten, von Kursen und Bildungsveranstaltungen an. Später verkleinerte sich der Kreis der Mitglieder wieder; eine Folge veränderten Freizeitverhaltens und der Möglichkeit, Billigferien auch in fernen Destinationen zu buchen. Das politische Engagement verlor zusehends an Bedeutung, dafür wurde der Umweltschutzgedanke immer stärker betont. 1984 war es Zeit für eine Neuausrichtung als ökologisch orientierte Organisation: Aus dem «Schweizerischen Touristenverein, Die Naturfreunde» wurde «Naturfreunde Schweiz».

Führungs- und Finanzkrise

Auch eigentliche Tiefschläge blieben dem Verband in seiner langen Geschichte nicht erspart: Zwischen 1997 und 2002 rutschte er in eine nachhaltige Führungskrise, die nebst einer Welle von Austritten auch grosse finanzielle Verluste zur Folge hatte. Eine Überschuldung konnte nur knapp verhindert werden. Unter dem neuen Präsidenten Jürg Zbinden, der das Zepter seit zwei Jahren führt, hat sich die Lage wieder stabilisiert. Die Mitgliederzahl pendelt heute bei rund 23 000, die Finanzen gehen wieder als gesund. Allerdings, so räumt der Präsident freimütig ein, wären die Naturfreunde froh, wenn sie diese Basis noch etwas verbreitern könnten. Man habe viele Ideen, könne diese aber wegen fehlender Mittel nicht verwirklichen. Die Naturfreunde finanzieren sich hauptsächlich aus den Mitgliederbeiträgen, die je nach Sektion zwischen 50 und 70 Franken jährlich schwanken; etwa 15 Prozent der Einnahmen stammen aus Bundessubventionen und Sponsorenbeiträgen.

Im Jubiläumjahr 2005 präsentiert sich der Verband als politisch unabhängige Organisation, in der sich Menschen zusammenfinden, die gemeinsam ihre Freizeit in der Natur verbringen wollen, Freude an Bewegung und Sport haben und sich zu einem naturnahen, kostengünstigen Tourismus und ökologischem Verhalten bekennen. Das Kurs- und Ausbildungsangebot reicht von Bergsteigen, Schneesport, Kanufahren und Pilzesammeln bis zum Fotografieren; für gemeinsame

Unternehmungen stehen in der Schweiz 90, in ganz Europa rund 1000 Hütten zur Verfügung. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf die Jugendlichen gerichtet, von denen man gerne wieder mehr unter den Mitgliedern hätte. Präsident Zbinden ist zuversichtlich, dass sich die Naturfreunde nach einer schwierigen Phase wieder auf Erfolgskurs befinden. Der sanfte Tourismus, den der Verband propagiert, sei immer mehr im Trend, und zumal junge Familien seien dankbar für die Möglichkeit, kostengünstig Ferien machen zu können. Überdies kämen die einfachen Unterkünfte einem wachsenden Bedürfnis nach Nostalgie und Ursprünglichkeit entgegen. Ziel der Naturfreunde sei es, Raum für verschiedenste Bevölkerungsschichten zu bieten, wo nebst der Freude an der Natur auch der Gemeinschafts- und Solidaritätsgedanke gelebt werden könne.

www.naturfreunde.ch

Eidgenössische Abstimmung vom 5. Juni

Die Mär vom fremden Richter Der EU-Haftbefehl hat mit Schengen nichts zu tun

In der Schlussphase des Abstimmungskampfes zur Assoziierung der Schweiz an Schengen und Dublin ist wiederholt die Behauptung aufgestellt worden, die Schweiz liefere sich über den EU-Haftbefehl «fremden Richtern» aus. Dabei hat der EU-Ministerrat ausdrücklich beschlossen, der EU-Haftbefehl sei nicht «Schengen-relevant».

met. «Wenn in der Schweiz der Herr oder die Frau X in einer Schweizer Zeitung eine bestimmte, problematische Aussage gemacht hat, so hat ein klagender EU-Staat das Recht, einen Schweizer Bürger zu deportieren, in Untersuchungshaft zu nehmen und zu verurteilen, mit Strafvollzug im Ausland. Die freie Meinungsäusserung wird abgeschafft, die EU wird zur tyrannisch-totalitären Diktatur!» Dergleichen verbreiten dieser Tage Mitglieder des Initiativkomitees «Volksouveränität statt Behördenpropaganda» im Hinblick auf die Abstimmung über Schengen/Dublin. Nicht ganz so krass formuliert es beispielsweise SVP-Nationalrat und «Schweizerzeit»-Redaktor Ulrich Schlüter, aber auch ihm dient der EU-Haftbefehl als Vehikel für seine Anti-Schengen-Propaganda.

Vom Ministerrat ausgeschlossen

Was hat der EU-Haftbefehl mit Schengen zu tun? Nichts! Er ist nicht Bestandteil des Schengen-Rechts (nicht «Schengen-relevant») – nicht weil das Integrationsbüro das in seinen Papieren zuhanden der Öffentlichkeit so schreibt, sondern weil es die EU-Mitgliedstaaten (der Ministerrat) so beschlossen haben. Seitens der EU-Kommission hatte es tatsächlich die Argumentation gegeben, der EU-Haftbefehl sei eine Weiterentwicklung der im Schengen-Acquis vorgesehenen Auslieferungsbestimmungen; er sei deshalb Schengen-relevant. Aber sie ist damit nicht durchgedrungen. Der EU-Haftbefehl wird deshalb von der Schweiz bei der am 5. Juni zur Abstimmung gelangenden Assoziierung an Schengen auch nicht übernommen.

Der Entscheid der EU ist abschliessend, aus folgendem Grund: Die Entscheidung über die «Schengen-Relevanz» muss jeweils am Anfang der Diskussion über einen neuen Rechtsakt erfolgen und nicht erst, wenn die neue Massnahme bereits verabschiedet ist. Dies deshalb, damit die assoziierten Staaten – Norwegen und Island, in Zukunft allenfalls die Schweiz – an der Ausgestaltung eines Schengen-relevanten Rechtsakts beteiligt werden können, wie es ihnen vertraglich von der EU zugesichert worden ist. Die EU nimmt

das sehr genau: Wenn ein zur Diskussion stehendes Massnahmenpaket sowohl Schengen-nicht-relevante als auch -relevante Teile umfasst, sitzen die Norweger und Isländer nur bei Letzteren mit am Tisch.

Grundsätzlich ist ein Rechtsakt der EU nur dann Schengen-relevant, wenn er eine Weiterentwicklung des Schengen-Rechtsbestandes darstellt; es muss sich also um eine Ausgleichsmassnahme zum Abbau der systematischen Personenkontrollen an den Binnengrenzen handeln. So steht es auch in der Präambel zum von der Schweiz mit der EU ausgehandelten Schengen-Assoziierungsvertrag. Damit ist die Weiterentwicklung des Schengen-Acquis keine «Katze im Sack», wie Gegner monieren. In der Praxis legt die EU die Frage der Schengen-Relevanz eher restriktiv aus. Und man sucht (und findet) den Kompromiss; bisher ist noch nie etwas über eine Abstimmung erzwungen worden.

Für die Schweiz unannehmbar

Die Bedenken gegenüber dem EU-Haftbefehl sind im Übrigen, jedenfalls aus Schweizer Sicht, berechtigt. Er sieht eine Verhaftung und Auslieferung einer Person auch dann vor, wenn ein Delikt im Heimatland des Betroffenen nicht verfolgt wird; der Grundsatz «Keine Strafe ohne Gesetz» wird ausgeschaltet. Das Gleiche gilt für die Maxime, wonach niemand von einem fremden Richter abgeurteilt werden soll. In Rechnung zu stellen ist dabei freilich, dass die EU-Staaten unter sich mittlerweile in einer Rechtsgemeinschaft verbunden sind und über den Europäischen Gerichtshof verfügen. Und dass im Zusammenhang mit dem EU-Haftbefehl ein 32 Delikte umfassender Katalog schwerer Straftaten gilt, der gesellschaftspolitisch in der Union umstrittene Themen wie den Schwangerschaftsabbruch oder die Euthanasie jedoch ausklammert. Für einen ausserhalb der Rechtsgemeinschaft der Union stehenden Staat wie die Schweiz wäre der EU-Haftbefehl jedenfalls in seiner heutigen Form gleichwohl unannehmbar, auch wenn sie das Ziel einer Effizienzsteigerung der Strafverfolgung mit der EU letztlich teilt.

Ärztinnen und Ärzte gesucht Mangel in der Entwicklungszusammenarbeit

Während Stellen in der Entwicklungszusammenarbeit generell begehrt sind, beklagen zahlreiche Organisationen einen Mangel an Bewerbungen von Ärztinnen und Ärzten. Viele Medizinstudierende geben zwar an, einen späteren Drittweiteinsatz in Betracht zu ziehen, doch scheint ihr Interesse während der Facharztausbildung zu erlöschen.

In der Entwicklungszusammenarbeit tätig zu werden, scheint zahlreichen Hochschulabsolventinnen und -absolventen als attraktives Berufsziel vorzuschweben. Rund 400 Bewerbungen seien für 15 «Junior Professional Officer»-Stellen eingegangen, die von der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) finanziert werden, sagt Mechthild Nussbaumer von Cinfo, dem Informationszentrum für Berufe in der internationalen Zusammenarbeit. Nussbaumer beobachtet eine «immense Nachfrage nach freien Posten in der Entwicklungszusammenarbeit bei gleichzeitig tendenziell rückläufigem Stellenangebot». Eine Ausnahme bildeten jedoch die Ärztinnen und Ärzte, die in vielen Organisationen eine gesuchte Berufsgruppe darstellten. Diesen Eindruck bestätigt Rudolf Fischer, Geschäftsleiter des Schweizer Hilfswerks SolidarMed.

Entwicklung durch Begegnung

SolidarMed vermittelt im Rahmen des «Programms zur Förderung der personellen Entwicklungszusammenarbeit und des Nord-Süd-Austausches» Personen für freiwillige Einsätze von zwei bis drei Jahren in seine Partnerländer im südlichen Afrika. Die Koordination dieses Programms, das mit 9,5 Millionen Franken jährlich massgeblich von der Deza unterstützt wird, obliegt dem Schweizer Verein Unité, dem rund 25 Organisationen wie zum Beispiel InterTEAM, Mission 21 oder E-Changer angehören. Bei der personellen Entwicklungszusammenarbeit stehe nicht die ökonomische Hilfe, sondern die Begegnung zwischen Menschen im Vordergrund, die zu einem nachhaltigen Wissenstransfer und einer Stärkung lokaler Institutionen führe, erläutert Martin Schreiber, Zentralsekretär von Unité.

Die von Unité vermittelten Fachpersonen arbeiten im Status von Freiwilligen, das heisst zu einem Bedarfslohn, der ihnen einen einfachen, dem Einsatzort entsprechenden Lebensstil ermöglicht. Peter Duner, gegenwärtig mit seiner fünfköpfigen Familie für SolidarMed als Arzt in Lesotho im Einsatz, konkretisiert: Der Lohn decke die lokalen Lebenskosten und die Schulgelder für die Kinder, doch für Ferien müssten zuweilen Ersparnisse beigezogen werden. Da Duner während seines Einsatzes nichts auf die hohe Kante legen kann, ist er froh um den Beitrag, den er bei seiner Rückkehr in die Schweiz für

den Wiedereinstieg erhalten wird und der rund zwei Schweizer Monatslöhne beträgt.

Freiwilligenarbeit unzeitgemäss?

Mediziner, die heute noch bereit sind, zu diesen Konditionen einen Drittweiteinsatz zu leisten, sind rar. Dies liege jedoch nicht an einem Wertewandel bei der Ärzteschaft, sondern an den unzeitgemässen Arbeitsbedingungen, ist allenthalben zu hören. Jeanine Kosch, Leiterin des Hilfswerks InterTEAM, wehrt sich gegen solche Pauschalurteile. Bei InterTEAM sei das Verhältnis zwischen Bewerbungen und Stellenangeboten ausgewogen. Allerdings vermittele das Hilfswerk kein medizinisches Personal, sondern ausschliesslich Fachleute anderer Berufsgruppen wie etwa Betriebsökonominnen, Psychologinnen oder Ethnologen.

Mechthild Nussbaumer sieht das Spezifikum der Mediziner darin, dass sie während ihrer Assistenzzeit unter hohem Leistungsdruck stünden. Dies verunmögliche es ihnen oft, einen Teil ihrer fachärztlichen Qualifikation ohne zeitliche Einbußen in einem Drittweiteinsatz zu absolvieren, wo andere Krankheitsbilder den Berufsalltag prägten. Nach dem Facharztabschluss sind die meisten Ärzte jedoch bereits mindestens 32 Jahre alt – ein Alter, in dem Entscheidungen wie Familiengründung und Karriereplanung im Vordergrund stehen. Darüber hinaus erfordert eine Spitalkarriere heute eine ständige Präsenz auf dem Stellenmarkt und lässt einen längeren Auslandeinsatz nicht zu.

Bonus oder Knick in der Karriere?

Viviane von Orelli hat ihr Wahlstudienjahr in Drittweiteländern zugebracht und hätte gern auch einen Teil ihrer Assistenzzeit der Entwicklungszusammenarbeit gewidmet. Doch der von der FMH vorgeschriebene Katalog der Operationen sei in einem armen Land kaum zu bewältigen, sagt von Orelli, und die in einem Entwicklungsland absolvierte Arbeitszeit werde maximal zu fünfzig Prozent angerechnet, was die ohnehin schon lange Ausbildung weiter verlängere. Viele Chefarzte bewerteten einen Drittweiteinsatz eher als Karriereknick denn als Bonus im Lebenslauf, bestätigt Christoph Schmidt, der soeben seine Ausbildung zum Kardiologen abgeschlossen hat. Während es sich im Lebenslauf eines Geisteswissenschaftlers oder einer Ökonomin gut mache,

unterschiedlichste Auslanderfahrung vorweisen zu können, müssten karrierewillige Ärzte einen solchen Aufenthalt in Spitälern fast schon rechtfertigen, sagt Nussbaumer. Lediglich bei Hebammen oder Pflegefachleuten sei es teilweise anders. Viele Spitälern schätzten deren interkulturelle Kompetenzen, die sie in einem Entwicklungsland erwerben konnten.

Die Schwierigkeiten, die mit der zunehmenden Spezialisierung der Facharztausbildungen einhergehen, hat man bei SolidarMed längst erkannt. Man rekrutiert deshalb vornehmlich Allgemeinmediziner, die sich gegen eine Spitalkarriere entschieden haben und vor ihrer Niederlassung auszureisen bereit sind. Schwerer als die Anforderungen der FMH wiege für diese deshalb der Praxisstopp, der für ein kompetitiveres Klima Sorge und auch Allgemeinmediziner zunehmend unter Druck setze, frühzeitig nach einer Beschäftigungsmöglichkeit nach der Assistenzzeit Ausschau zu halten.

Beliebte Kurzeinsätze

Dass junge Ärztinnen und Ärzte weniger durch die bescheidene Entlohnung als durch das rauer gewordene Klima im Inland von einem Auslandseinsatz abgeschreckt werden, glaubt auch Silvia Hänni, Rekrutierungsverantwortliche bei Médecins Sans Frontières (MSF), wo sämtliche Einsätze höher als bei Unité entlohnt werden. Während sie weitaus genügend Bewerbungen erhalte für Kurzeinsätze von sechs Monaten und beispielsweise nach der Tsunami-Katastrophe geradezu überschwemmt worden sei von Anfragen junger Ärzte, die helfen wollten, habe auch sie Mühe, Personen für Einsätze von zwei bis drei Jahren zu rekrutieren. MSF ist deshalb seit längerem mit der Ärzteverbindung FMH im Gespräch. Einerseits möchte man erreichen, dass Drittweiteinsätze in der Facharztausbildung der Allgemeinmediziner angerechnet werden, andererseits schliesse man Verträge mit Spitälern, die Fachpersonal für einen Einsatz freistellen bei gleichzeitiger Verpflichtung, die Ärzte nach deren Rückkehr wieder unter Vertrag zu nehmen.

Barbara Bleisch

NZZ Online

Dossier «Eidgenössische Volksabstimmung vom 5. Juni»

Berichte und Analysen, Kommentare und Positionen der NZZ
www.nzz.ch/abstimmung